

Was die Umverteiler beim Thema Spitzensteuersatz immer unterschlagen

Stand: 10:23 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Von Rainer Zitelmann



Quelle: Getty Images/fStop/Malte Mueller

Linke Politiker begründen Umverteilungspläne gern so: Früher sei der Spitzensteuersatz viel höher gewesen und die Wirtschaft trotzdem gewachsen. Ja: Unter Helmut Kohl lag der Satz bei 56 Prozent, in den USA sogar mal bei 91 Prozent. Aber es gibt einen großen Unterschied zu heute.

Befürworter von Steuererhöhungen argumentieren, früher sei der Spitzensteuersatz in Ländern wie den USA und Deutschland sehr viel höher gewesen (USA 1961: 91 Prozent, Deutschland bis 1989: 56 Prozent), und trotzdem sei es der Wirtschaft gut gegangen. Was ist dran an diesem Argument?

Zwischen 1975 und 1989 war der Spitzensteuersatz in Deutschland mit 56 Prozent tatsächlich noch wesentlich höher als heute. Ob Sahra Wagenknecht, Kevin Kühnert oder Ulrike Hermann – kein Verfechter von Steuererhöhungen lässt das Argument aus, unter Helmut Kohl seien die Spitzensteuern viel höher gewesen als heute. Auf einmal sind alle Linken Helmut Kohl-Fans.

Verschwiegen wird dabei aber:

1. Kaum jemand hat damals den Spitzensteuersatz wirklich gezahlt. Viele Vermögende nutzten in den 70er-, 80er- und 90er-Jahren Steuersparmodelle wie etwa Bauherrenmodelle, geschlossene Immobilienfonds, Schiffsbeteiligungen, Medienfonds usw., die so hohe Verlustzuweisungen hatten, dass damit die Steuerlast beliebig gesenkt werden konnte, teilweise bis auf Null.

Ich erinnere mich noch an ein Steuerseminar, bei dem ein Steuerberater meinte: „Die Bemessungsgrundlage für Ihren Steuersatz ist Ihre persönliche Dummheit“, womit er sagen wollte, dass es jedermann frei stehe, seine Steuerlast durch Verlustzuweisungsmodelle beliebig zu senken.

Zwar senkte Gerhard Schröders rot-grüne Regierung den Spitzensteuersatz von 53 auf 42 Prozent, doch gleichzeitig wurde eine sogenannte „Mindestbesteuerung“ (§ 2 Abs 3 EStG) eingeführt und „Verlustzuweisungsmodellen“ mit § 2b des Einkommensteuergesetzes die Grundlage entzogen. Diese Regelungen wurden später wieder abgeschafft beziehungsweise für verfassungswidrig erklärt, aber sie wurden durch § 15b EStG ersetzt, der an diese Stelle trat. Tatsächlich gibt es heute keine vergleichbaren Steuersparmodelle mehr, wie es sie zu den Zeiten gab, als der Steuersatz so hoch war.

2. Der „Spitzensteuersatz“ liegt heute nicht, wie oft behauptet, bei 42 Prozent. Die Politiker nennen ihn so, aber in Wahrheit liegt er bei circa. 47,5 Prozent, nur dass man dem Kind einen neuen Namen gegeben hat. Spitzenverdiener unterliegen heute der 2007 eingeführten „Reichensteuer“ in Höhe von 45 Prozent plus dem „Solidaritätszuschlag“ (wird heute nur noch von sogenannten „Spitzenverdienern“ gezahlt).

3. 1958 mussten Arbeitnehmer das Zwanzigfache des Durchschnittslohns verdienen, um vom Spitzensteuersatz getroffen zu werden. Heute genügt das 1,5-fache.

4. Beim Anteil am gesamten Steueraufkommen aus Einkommensteuer und Soli lagen die oberen zehn Prozent der Einkommensverteilung trotz der Senkung der Spitzensteuersätze immer über dem Wert vor Schröders Steuerreform –im Jahr 2019 betrug der Anteil 51 Prozent, während dieser 1998 50,1 Prozent betrug.

Das Beispiel USA

Umverteiler und Antikapitalisten wie etwa Ulrike Hermann, die für massive Steuererhöhungen für Besserverdiener und Vermögende plädieren, argumentieren auch gerne mit den USA. Das Land habe gerade in Zeiten sehr hoher Steuersätze prosperiert, was beweise, dass hohe Steuern nicht schadeten.

Und es stimmt: In den 50er-Jahren und Anfang der 60er-Jahre lag der Spitzensteuersatz („federal personal income tax“) in den USA bei horrenden 91 Prozent, danach wurde er auf 70 Prozent gesenkt. Unter Roland Reagan wurde er dann sukzessive bis auf 28 Prozent im Jahr 1988 reduziert (später wurde er verschiedentlich erhöht und dann wieder unter Trump gesenkt). Beachtet werden muss, dass in den USA teilweise zusätzlich noch Steuern in den einzelnen Bundesstaaten erhoben werden, die – wie in New York und Kalifornien – sehr hoch sein können.

In den USA war es jedoch nicht anders als in Deutschland, wie verschiedene Analysen belegen, wie zuletzt in dem Buch von Phil Gramm, Robert Ekelund und John Early „The Myth of American Inequality“ gezeigt wurde: „1962 betrug der Spitzensteuersatz 91 Prozent. Nach Abzügen und Gutschriften zahlten nur 447 von 71 Millionen Steuerpflichtigen Steuern zum Spitzensteuersatz.“

Die obersten 1 Prozent der Einkommensbezieher zahlten im Durchschnitt 16,1 Prozent ihres Einkommens an Bundes- und Lohnsteuern, während die obersten zehn Prozent 14,4 Prozent und die unteren 50 Prozent 7,0 Prozent zahlten.“ Auch als der Spitzensteuersatz in den USA auf 70 Prozent gesenkt wurde, änderte sich nicht viel. Nur 3626 von 75 Millionen Steuerzahlern bezahlten tatsächlich Steuern von bis zu 70 Prozent.

Interessant ist, dass der tatsächliche Prozentsatz, den die ein Prozent Spitzenverdiener in den USA bezahlten, im Jahr 1962, als der Spitzensteuersatz noch bei 91 Prozent lag, nur 16,1 Prozent betragen hatte. Im Jahr 1988, als der Spitzensteuersatz nur noch 28 Prozent betrug, war jedoch der tatsächliche Prozentsatz, den das 1 Prozent der Spitzenverdiener zahlte, auf 21,5 Prozent gestiegen. Gramm, Ekelund und Early stellen fest: „Als der Spitzensteuersatz um zwei Drittel

sank, stieg der Prozentsatz ihres Einkommens, den das oberste ein Prozent der Steuerpflichtigen an Bundeseinkommens- und Lohnsteuer zahlte, um ein Drittel.“

Dies scheint paradox, ist aber logisch, denn entscheidend ist nicht nur der Steuersatz, sondern die Bemessungsgrundlage des Einkommens. In der Zeit vor Reagan gab es zahlreiche Steuersparmodelle, mit denen Spitzenverdiener – so wie in Deutschland – ihr zu versteuerndes Einkommen massiv senken konnten. Reagan schaffte viele dieser Steuersparmöglichkeiten ab, sodass sich die Bemessungsgrundlage erhöhte.

Die Steuersenkungen der Reagan-Ära führten zu wirtschaftlichem Wachstum. Das Wirtschaftswachstum während der Reagan-Jahre betrug 3,2 Prozent pro Jahr, verglichen mit 2,8 Prozent während der Carter-Ford-Jahre und 2,1 Prozent während der Bush-Clinton-Jahre. In der Wachstumsrate der Reagan-Jahre ist die Rezession der frühen 1980er Jahre enthalten, ein Nebeneffekt der Abkehr von Carters Hochinflationpolitik. Von 1983 bis 1989 wuchs das BIP jährlich um 3,8 Prozent, und am Ende von Reagans zweiter Amtszeit war die US-Wirtschaft um fast ein Drittel größer als bei seinem ersten Amtsantritt. Dieses Wachstum war eine direkte Folge von Reagans Deregulierungs- und Steuerreformpolitik in Verbindung mit sinkenden Ölpreisen.

Dieses Wachstum sowie die Beseitigung von zahlreichen Ausnahmen und Steuersparmöglichkeiten führten zu stark steigenden Steuereinnahmen. Es war das eingetreten, was Reagan vorhergesagt hatte. Auf einer Pressekonferenz im Oktober 1981 zitierte er den muslimischen Philosophen Ibn Khaldūn aus dem 14. Jahrhundert, der die Theorie der Laffer-Kurve, wie dieser Effekt im Wirtschaftsjargon genannt wird, vorweggenommen hatte: „Am Anfang der Dynastie wurden große Steuereinnahmen aus kleinen Abgaben erzielt. Am Ende der Dynastie wurden kleine Steuereinnahmen durch große Veranlagungen erzielt.“ Reagan fügte hinzu: „Und wir versuchen, zu den kleinen Veranlagungen und den großen Einnahmen zurückzukehren.“

Ein Prozent zahlen 22 Prozent der Einkommensteuern

Die Legende, dass Länder wie die USA und Deutschland stark gewachsen seien, als die Spitzensteuersätze hoch waren, ist also falsch, denn die Spitzensteuersätze waren nur nominal hoch, da es zahlreiche Steuersparmöglichkeiten gab. Wer heute die Steuern für Spitzenverdiener erhöhen will, ohne dass es gleichzeitig die Steuersparmöglichkeiten der 70er bis 90er-Jahre gibt, würde die tatsächlichen Spitzensteuern auf ein bislang unbekanntes Maß erhöhen. Dabei zahlt

schon heute das oberste ein Prozent der Steuerzahler in Deutschland mehr als 22 Prozent der Einkommensteuern.

Das zeigt, wie zynisch die ständig wiederholte Bemerkung von Politikern von Linken und SPD ist, Reiche „sollten endlich auch mal ihren Beitrag leisten“ – so als ob sie dies nicht schon längst weit überproportional täten.

Rainer Zitelmann ist Autor des Buches „Die 10 Irrtümer der Antikapitalisten“.
